Am Runden Tisch Pflege haben (oben, von links) Johanna Krzywania, Margot Altmann, Jürgen Gleixner, Berta Lenhardt, Johannes Lenhardt, Doris Grübl und Martin Priller teilgenommen. Ebenfalls dabei waren (unten, von links) Johannes Schätzl, Marlene Schönberger, Sibylle Entwistle, Monika Maier, Nicole Bauer mit Kind und Florian Oßner.

Fotos: Siegfried Rüdenauer

Pflegedienste schlagen Alarm

Bei einem Runden Tisch im Rathaus haben die Fachleute ihre brisante Lage vorgetragen

Von Siegfried Rüdenauer

Vilshiburg. Die Bevölkerung wird immer älter, und immer mehr Menschen wollen so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden leben. Mit zunehmendem Alter wächst allerdings das Risiko, auf Pflege angewiesen zu sein. Wer zum Pflegefall wird, aber nicht ins Heim will oder kann, ist deshalb froh, dass es ambulante Pflegedienste gibt. Doch die Situation in der Branche ist – besonders bei privaten Anbietern – extrem angespannt. Bei einem Runden Tisch im Rathaus sprachen Kenner der Szene von einem System, das kurz vor dem Kollaps steht.

Den Anstoß zum Runden Tisch Pflege hatte Johanna Krzywania gegeben. Die Inhaberin des privaten Vilsbiburger Anbieters „Hannas Pflegedienst" hatte sich vor einiger Zeit an die Vilsbiburger Bürgermeisterin Sibylle Entwistle (SPD) und ihre Bodenkirchener Kollegin Monika Maier (CSU) gewandt. „Johanna Krzywania ging es darum, auf ihre Lage und die anderer Pflegedienste aufmerksam zu machen", sagte Entwistle. Und so entstand der Runde Tisch, an dem im Rathaus kürzlich Pflegefachleute auf „Manifest der Pflegedienste" nannte. Die Forderung nach einer angemessenen Vergütung aus dem Topf der Kassen taucht in dem Manifest häufig auf. In der Diskussion im Rathaus schlug sich dies entsprechend nieder. Eines der Hauptprobleme wurde an einem Satz aus dem Sozialgesetzbuch durchdekliniert. Dort heißt es: „Die Vergütung muss einem Pflegedienst bei wirtschaftlicher Betriebsführung ermöglichen, seine Aufwendungen zu finanzieren und seinen Versorgungsauftrag zu erfüllen unter Berücksichtigung einer angemessenen Vergütung des Unternehmerrisikos." Das ist der Soll-Zustand.

Kosten und Belastung nehmen stetig zu

Der Ist-Zustand, also die Realität, sieht aus Sicht von Margot Altmann und ihren Mitstreitern ganz anders aus: „Wir haben jedes Jahr eine höhere Belastung und höhere Kosten." Daraus wird die Forderung nach einer angemessenen Vergütung durch die Kassen abgeleitet. Ein Vertreter der Kassen, der dazu hätte Stellung nehmen können, saß nicht am Runden Tisch. Sibylle Entwistle, die das Gespräch moderier-

auch ein immenser Bürokratieaufwand. Überdies gelte seit September in der Altenpflege eine verpflichtende Tarifbezahlung. Zwar sei es wichtig, die Mitarbeiter anständig zu bezahlen, sagte Johanna Krzywania. „Aber niemand hat vorher mit uns geredet." Die Pflegedienste würden alle im Stich gelassen. Steuerberater Jürgen Gleixner, der ebenfalls an der Runde teilnahm, sagte dazu: „Es wird gesetzlich vorgegeben, du musst mehr zahlen. Aber der Preis kann nicht selbst bestimmt werden."

Berta Lenhardt vom Anbieter Die Chefpfleger aus Gerzen, sagte, dass sie die aktuelle Situation nicht ruhig schlafen lasse. Natürlich sei es ihr ein großes Anliegen, die Kosten zu decken und die Mitarbeiter anständig zu bezahlen. „Aber der Tarif wurde uns übergestülpt." Und immer wieder in Vorleistung zu gehen, werde nicht mehr lange gutgehen. Vor dem Hintergrund dessen, dass offen ist, wie sich die Lage entwickelt, sagte Johannes Lenhardt: „Wir haben jetzt die Ungewissheit und müssen jetzt für Sonderzahlungen aufkommen." Wenn sich die Lage nicht bald bessere, seien Insolvenzen nicht auszuschließen. Die Lenhardts brachten die Pflegeversi-

zieren lasse, sagte Margot Altmann: „Die Versorgungssicherheit kann nicht mehr gewährleistet werden." Kleine und mittelständische Unternehmen stünden vor der Entscheidung, aufzuhören. Für ein Fortbestehen seien die Erhöhungen der Pauschalen in Bayern viel zu niedrig. Altmann: „Unser Berufsverband läuft bei den Krankenkassen gegen eine Mauer." Die Geschäftsführerin wies aber auch darauf hin, dass die Höhe der Vergütungen von Bundesland zu Bundesland variiere.

Es gibt auch Pflegedienste, die von Wohlfahrtsverbänden getragen werden. Für sie saß Doris Grübl von der BRK-Tagespflege Am Vilsufer am Runden Tisch. Aus Termingründen vertrat sie die Kollegen vom ambulanten Pflegedienst. Die Situation sei auch in ihrer Einrichtung nicht einfach, betonte Grübl. „Aber wir haben keine Nacht- und keine Spätschichten, sondern noch geregelte Arbeitszeiten." Dass die Pauschalen vorne und hinten nicht ausreichten, sagte aber auch Grübl. Allerdings verfüge ein Wohlfahrtsverband über Rückhalt. Anders als bei Privatanbietern sei so etwas wie Querfinanzierung möglich.

Priller: Das größte Problem